



**Asamblea Parlamentaria Euro-Latinoamericana
Euro-Latin American Parliamentary Assembly
Assemblée Parlementaire Euro-Latino
Américaine
Assembleia Parlamentar Euro-Latino-Americana
Parlamentarische Versammlung Europa-
Lateinamerika**

**MITTEILUNG DER KO-PRÄSIDENTEN DER
PARLAMENTARISCHEN VERSAMMLUNG EUROPA-
LATEINAMERIKA (EUROLAT) ÜBER IHRE TEILNAHME AM
3. GIPFELTREFFEN ZWISCHEN DER EUROPÄISCHEN UNION (EU)
UND DER GEMEINSCHAFT DER LATEINAMERIKANISCHEN UND
KARIBISCHEN STAATEN (CELAC)**

17. JULI 2023

Anlässlich ihrer Teilnahme am 3. Gipfeltreffen zwischen der Europäischen Union (EU) und der Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten (CELAC) am 17./18. Juli 2023 in Brüssel bringen die Ko-Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung Europa-Lateinamerika (EuroLat), Javi López und Óscar Darío Pérez, Folgendes zum Ausdruck:

Wir begrüßen, dass nach acht Jahren das 3. Gipfeltreffen EU-CELAC unter starker Beteiligung der Staats- und Regierungschefs stattfindet, was das starke Engagement beider Regionen für eine umfassende Stärkung der bilateralen Beziehungen belegt.

Wir bekräftigen die Bedeutung regelmäßiger Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der EU und der CELAC, um die biregionale strategische Partnerschaft hinsichtlich gemeinsamer Themen und Prioritäten zur Verbesserung des Lebens der Bürgerinnen und Bürger zu stärken.

In diesem Zusammenhang begrüßen wir die Vereinbarung, alle zwei Jahre Gipfeltreffen abzuhalten, wobei das nächste Gipfeltreffen im Jahr 2025 in der CELAC-Region stattfindet, sowie die Einrichtung eines ständigen Koordinierungsmechanismus zwischen der EU und der CELAC, um Kontinuität und Folgemaßnahmen zwischen den Tagungen sicherzustellen.

Wir bekräftigen unsere Unterstützung für die verschiedenen regionalen Integrationsprozesse in Lateinamerika und Europa – d. h. das Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Union und Zentralamerika, die Assoziierungsabkommen mit Mexiko und Chile und das

Assoziierungsabkommen zwischen der EU und dem Mercosur – als Grundpfeiler der biregionalen strategischen Partnerschaft.

Wir betonen die Bedeutung einer Wiederbelebung des regelbasierten Multilateralismus, mit dem universelle Werte und Grundsätze gefördert werden, und zwar als Instrument zur Sicherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit, der Achtung der Souveränität und der territorialen Unversehrtheit der Nationen, zur Verhinderung des Rückgriffs auf Drohungen oder die Anwendung von Gewalt gegen Staaten bzw. auf sonstige die Ziele der Vereinten Nationen gefährdende Weise sowie zur uneingeschränkten Achtung des Völkerrechts.

Wir bekräftigen unser unerschütterliches Engagement für Multilateralismus, Frieden, Dialog und Zusammenarbeit zur Bewältigung der großen globalen Herausforderungen auf internationaler Ebene. Wir lehnen jede Handlung entschieden ab, die die nationale Souveränität der Staaten und ihre territoriale Unversehrtheit verletzt und gegen Kapitel 2 der Charta der Vereinten Nationen verstößt, insbesondere die Ausübung und den Einsatz von Gewalt, vor allem wenn sich diese Gewalt gegen die Zivilbevölkerung richtet.

Wir fordern die strikte Einhaltung des Völkerrechts und die Beachtung der Resolutionen der Generalversammlung der Vereinten Nationen. Wir fordern die internationale Gemeinschaft auf, die Zusammenarbeit, den Dialog und das Eintreten für gemeinsamen Frieden und gemeinsame Sicherheit zu intensivieren.

Wir bekräftigen unsere Solidarität mit dem ukrainischen Volk nach dem ungerechtfertigten, rechtswidrigen und grundlosen Überfall durch die Russische Föderation und unterstützen die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Unversehrtheit der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen mehr als ein Jahr nach Beginn des Angriffskriegs.

Wir betonen, dass die Krisen der letzten Zeit in den Bereichen Inflation, Lebensmittel, Gesundheit, Migration und Energie die Probleme der Armut und der extremen Armut noch verschärft, die langfristige nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung behindert sowie größere Ungleichheiten geschaffen haben.

Wir müssen die Bemühungen der Regierungen um eine Erholung von den genannten Krisen verstärken, um Fortschritte bei der Schaffung der Voraussetzungen für einen gerechten und inklusiven grünen und digitalen sozialen Wandel zu erzielen, der nachhaltigere und gerechtere Gesellschaften hervorbringt.

Wir unterstützen die Initiativen der Vereinten Nationen zur Umschuldung mit dem Ziel, dass die durch die Rückzahlung von Schulden verursachten sozialen Härten verringert werden, wobei die Schulden aufgrund der Krisen der letzten Zeit für einige Staaten zu gravierenden Zahlungsproblemen geführt haben – mit verheerenden Auswirkungen für ihre Bevölkerung. Diese Initiativen könnten Schuldenerlass-, Swap- und Umstrukturierungsstrategien umfassen,

wobei daran die Bedingung geknüpft wird, dass diese Mittel u. a. in die Bereiche Bildung, Gesundheit, Reaktivierung der Produktion, sozialer Zusammenhalt, Umweltschutz und Stärkung des Unternehmensgeflechts investiert werden.

Wir fordern die Regierungen der Länder des EU-CELAC-Raums auf, rasch zu handeln und konkrete kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen gegen den Klimawandel, die Umweltverschmutzung, die Umweltzerstörung und den Verlust an biologischer Vielfalt zu ergreifen, die weltweit zu verzeichnen sind.

Wir fordern die Regierungen der Länder des EU-CELAC-Raums auf, sich für die Einrichtung eines spezifischen Finanzierungsmechanismus im Zusammenhang mit dem Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC) einzusetzen, um unmittelbare und nicht anpassungsfähige Verluste und Schäden infolge des Anstiegs der globalen Durchschnittstemperatur zu beheben.